

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 02.02.2006

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale)

Zeit: 16:00 Uhr bis 18:15 Uhr

Anwesenheit: siehe Anlage 1

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ein- ladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Protokoll:

Es wurden keine Änderungen oder Ergänzungen gewünscht.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Folgende Tagesordnung wurde bestätigt:

3. Vorlagen

3.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2006, sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2004

Geschäftsbereich Planen, Bauen und Straßenverkehr

Vorlage: IV/2005/05503

4. Anträge von Fraktionen und Stadträten

5. Anfragen von Stadträten
6. Beantwortung von Anfragen
7. Anregungen
8. Mitteilungen

zu 3 Vorlagen

zu 3.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2006, sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2004 Geschäftsbereich Planen, Bauen und Straßenverkehr Vorlage: IV/2005/05503

Protokoll:

An der Diskussion beteiligten sich Herr Felke, Herr Bönisch, Herr Wolter, Frau Weiß, Herr Dr. Meerheim, Frau Haupt, Herr Schramm, Herr Weiland und Herr Misch.

Verwaltungsseitig nahmen folgende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an der Beratung teil: Herr Dr. Pohlack, Herr Geier, Herr Lander, Herr Weber, Frau Böger, Herr Metzler, Herr Dr. Hannuschka, Herr Heinz, Frau Ströhl, Herr Schmoll, Frau Müller und Frau Riese.

Es wurde auf die Veränderungsliste verwiesen, welche in der Sitzung am 31.01.2006 ausgeteilt wurde. Die Veränderungen seien haushaltsneutral und resultieren zum überwiegenden Teil aus der verspäteten Genehmigung des Haushaltes 2005.

Fachbereich Stadtentwicklung und -planung

Aufgrund von Nachfragen bezüglich der anfallenden Planungsleistungen und Sachverständigenkosten des Fachbereiches wurde auf die Anlagen der Niederschrift der gemeinsamen Sitzung von Vergabe- und Planungsausschuss vom 19.01.2006 verwiesen, welche an alle Mitglieder des Ausschusses für Finanzen weitergeleitet wurde. Weiterhin wurden die Aufgaben des Fachbereiches erläutert. Ein Zusammenhang zwischen Planungsleistungen, Sachverständigenkosten und Investitionstätigkeit in der Stadt könne nur sehr schwierig nachgewiesen werden. Es wurde bestätigt, dass seit ca. drei Jahren vermehrt Eigenplanungen im Fachbereich durchgeführt werden und die Umsetzung von 146 Bebauungsplänen betreut werde – ohne Personalaufwuchs. Die Trennung zum Unterabschnitt Stadtsanierung erfolge aus rechtlichen Gründen.

Die Steigerung der Ausgaben des Unterabschnittes 7920 – Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs - sei zwar unbefriedigend, die Kosten werden jedoch im Mitteldeutschen Verkehrsverbund anteilig aufgeteilt. Eine Einflussnahme auf diese Kosten sei über die Gremien möglich, bei der die Stadt als Gesellschaftervertreter beteiligt sei.

Die Verwaltung wurde um eine schriftliche Information gebeten, welche Grundstücke für ca. 1,2 Mio. € verkauft werden sollen – vgl. Haushaltsstelle 2.6150.340000 – Veräußerung von Gebäuden und Grundstücken.

Bezüglich des Projektes Urban 21 sagte die Verwaltung auf Nachfrage eine komplette Darstellung als Anlage zur Niederschrift zu.

Zum 1000 Häuser-Programm wurde ausgeführt, dass auf verschiedenen Flächen der Stadt insgesamt 2.300 Häuser gebaut wurden.

Den Abriss von nicht mehr benötigten Schulgebäuden fördere das Land im Rahmen des Aufwertungsprogrammes, das in verschiedenen Unterabschnitten des Haushaltes enthalten sei. 1/3 Eigenfinanzierung müsse diesbezüglich durch die Stadt erbracht werden.

Die Verwaltung wurde zum Unterabschnitt 7920 – Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs – um eine schriftliche Zuarbeit als Anlage zur Niederschrift gebeten, wie der Investitionszuschuss an die HAVAG (z. B. für behindertengerechte Bahnsteige, Fortführung Ausbau neue Wagenhalle und Hauptwerkstatt, Außenanlage u. a.) aufgeteilt werde.

Fachbereich Vermessung und Geodaten

Es wurde informiert, dass auch in diesem Fachbereich kein personeller Aufwuchs statfinde. Aufgrund einer Nachfrage wurde informiert, dass der sächliche Aufwand für Vermessung und Abmarkung – Haushaltsstelle 1.6110.603000 – in Höhe von 170 T€ auch zukünftig nicht erheblich gesenkt werden könne. Dieser Haushaltsstelle ist vorgesehen, um den gesamten Bedarf an Vermessungsleistungen und Kartenaktualisierung sämtlicher Fachbereiche anforderungs- und termingerecht sichern zu können. Dazu gehören u. a. Entwurfsmessungen, Ingenieurvermessungen (teilweise nur mit spezieller Ausrüstung durchführbar z. B. Ermittlung von Gewässerprofilen der Saale durch Echolottechnik), Bauvermessungen, Katastervermessung kommunaler Grundstücke und Luftbildbefliegungen.

Fachbereich Bauordnung und Denkmalschutz

Zum Ist der Baugenehmigungsgebühren wurde ausgeführt, dass dieses mit 25 % Steigerung gegenüber 2004 einen positiven Trend der Bautätigkeit in der Stadt Halle (Saale) nachweisen konnte und im Jahr 2005 Einnahmen in Höhe von 1,358 Mio. € erzielt wurden.

Schwieriger sei das Feld der Ersatzvornahme aufgrund von Gefahrenabwehr. Hier seien oft die Eigentümer nicht auffindbar. Die Sicherung der finanziellen Mittel werde im Grundbuch veranlasst, so dass bei einem Verkauf des Grundstückes zumindest ein kleiner Teil in den städtischen Haushalt zurückfließen könne.

Da die Wohnungsbauförderung im Land Sachsen-Anhalt stark zurückgefahren wurde, wurde dieser Bereich personell seit mehreren Jahren abgebaut. Von ehemals 25 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern arbeiten nur noch 8 Mitarbeiter an den verbliebenen Aufgaben.

Fachbereich Tiefbau und Straßenverkehr

Zu den Personalausgaben wurde ausgeführt, dass planmäßig 2 Stellen von 2005 zu 2006 abgebaut wurden.

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 2. Februar 2006 – öffentlicher Teil

Die Verwaltung sagte aufgrund einer Bitte zu, die Portokosten des Unterabschnittes 6000 - Baukoordinierung zu überprüfen. Auch vor dem Hintergrund der Straßenausbaubeiträge erscheine der Ansatz in Höhe von 10 T€ sehr hoch.

Zu den Unterhaltungsleistungen für die Straßen wurde erläutert, dass sich die Planung an den Vorjahresansätzen orientiere. Die Praxis erfordere jedoch manchmal andere Prioritäten. Es wurde versichert, dass das Budget für diese Ausgaben eingehalten werde.

Die Verwaltung wurde gebeten, den Ansatz der Haushaltsstelle 1.6300.540300 - Oberflächenentwässerung Gemeindestraßen zu überprüfen, da im vergangenen Jahr eine Erhöhung der Gebühr vom Stadtrat beschlossen wurden sei.

Weiterhin sagte die Verwaltung aufgrund mehrerer Nachfragen eine schriftliche Aufstellung als Anlage zur Niederschrift zu, wie viel Fördermittel die Stadt Halle für Maßnahmen gemäß GA und GVFG ab 2000 bis Plan 2006 vereinnahmt hat.

Der Winterdienst werde für die gesamten Straßen der Stadt durch einen Vertrag abgedeckt.

Die Parkraumbewirtschaftung des August-Bebel-Platzes sei in Vorbereitung.

Die Werbeinnahmen auf den Rückseiten der Parkscheine decken die Druckkosten für die Parkscheine (ca. 10 T€) ab.

Der Neubau der Bedürfnisanstalt auf dem Marktplatz werde im Marktschlösschen durch die DSM realisiert. Der neue Eigentümer ist damit einverstanden. Die Bewirtschaftung solle über Harz IV erfolgen.

(17:40 Uhr – Herr Misch verließ die Sitzung.)

Bezüglich der Straßenausbaubeiträge wurde ausgeführt, dass sich ca. 30 % der Verfahren vor Gericht befinden. Ein Teil der geplanten Einnahmen können aufgrund von Billigkeitsmaßnahmen nicht realisiert werden und es wurden Vereinbarungen über Stundungen und Ratenzahlungen abgeschlossen.

Da die Stadt zurzeit die finanziellen Mittel für Großprojekte mit hohen Förderquoten einsetze, stehe kein Geld für den Ausbau der Radwege zur Verfügung.

Im Hinblick auf Baumaßnahmen von Versorgungsträgern wurde dringend darum gebeten, trotz des größeren Betreuungsaufwandes, zu prüfen, ob es sinnvoller sei, z. B. neben den Straßen aufzureißen und die Versorgungsleitungen zu verlegen, um Radwege zu schaffen (Beispiel: Straße zwischen Kanena und Büschdorf).

Zum Unterabschnitt 6800 – Parkeinrichtungen – wurde erläutert, dass zurzeit ein Konzept erarbeitet werde mit dem Ziel, mehr Parkflächen zu bewirtschaften.

Die Sinnhaftigkeit der Schaffung eines Park & Ride Platzes am Bahnhof Nietlieben wurde in Frage gestellt. Trotz einer hohen Förderquote und der Chance, den maroden Standort zu sanieren, solle genau geprüft werden, ob diese Ausgaben zweckmäßig seien. Die Verwaltung sicherte zu, dass das Projekt nicht in Angriff genommen werde, wenn die Bahn von der Sanierung des Bahnhofes Abstand nehmen sollte, da dann auch keine Förderung erfolgen würde.

(18:00 Uhr – Herr Bönisch verließ die Sitzung.)

Fachbereich Grünflächen

Von der Verwaltung wurde eine neue Friedhofsgebührensatzung avisiert, da der Kalkulationszeitraum für die aktuelle Satzung ablaufe und diese turnusmäßig überprüft werden müsse.

Zur Graffiti-Entfernung an Friedhofsmauern wurde ausgeführt, dass das Ist 2005 = 11.300 € betrage. Die für das Haushaltsjahr 2006 eingestellten Mittel werden nicht ausreichen, um alle Graffiti zu entfernen.

Zum Erwerb von Holz solle die Stadt dringend eine Regelung schaffen und diese in der Presse veröffentlichen, um die teilweisen Falschdarstellungen in der Presse der vergangenen Tage richtig zu stellen.

zu 4 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5 Anfragen von Stadträten

zu 6 Beantwortung von Anfragen

zu 7 Anregungen

zu 8 Mitteilungen

Protokoll:

Zu den Tagesordnungspunkten 4 bis 8 wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender des
Ausschusses

Egbert Geier
Beigeordneter
Zentraler Service

Martina Beßler
Protokollantin
Referentin GB I